iwd

Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Handelspolitik | 20.05.2021 | Lesezeit 6 Min.

Welthandel im Sinne des Klimaschutzes

Neben der Corona-Krise erfordern vor allem der Klimaschutz und der angeschlagene Welthandel die Aufmerksamkeit der internationalen Politik. Mit dem richtigen Ansatz könnten Handels- und Klimapolitik gleichermaßen profitieren, zeigt eine neue IW-Studie.

Mit Blick auf den Klima- und Umweltschutz sind globale Handelsbeziehungen Fluch und Segen zugleich. Ein Beispiel ist die Siliziumproduktion in Island. Das Halbmetall wird unter anderem für Solarzellen benötigt, die Herstellung ist allerdings äußerst energieintensiv. Dank der isländischen Geothermik ist Energie dort sehr günstig, der Silizium-Rohstoff Quarzit allerdings nicht. Doch es lohnt sich – zumindest finanziell –, Quarzit über Tausende von Kilometern zu verschiffen, beispielsweise aus Polen nach Island, um es dann dort weiterzuverarbeiten. Ohne internationalen Handel wäre das nicht möglich.

Nicht zuletzt der weltweite Wohlstand durch Handel erhöht die Bereitschaft, mehr für den Klimaschutz auszugeben.

Generell lassen sich vier Folgen des internationalen Handels auf die weltweiten CO2-Emissionen feststellen, die teils gegeneinander wirken:

1. Kraftstoffverbrauch. Das International Transport Forum hat schon vor einigen Jahren geschätzt, dass etwa 30 Prozent aller CO2-Emissionen des Transportsektors vom Warenhandel verursacht werden, das wären 7 Prozent aller entsprechenden

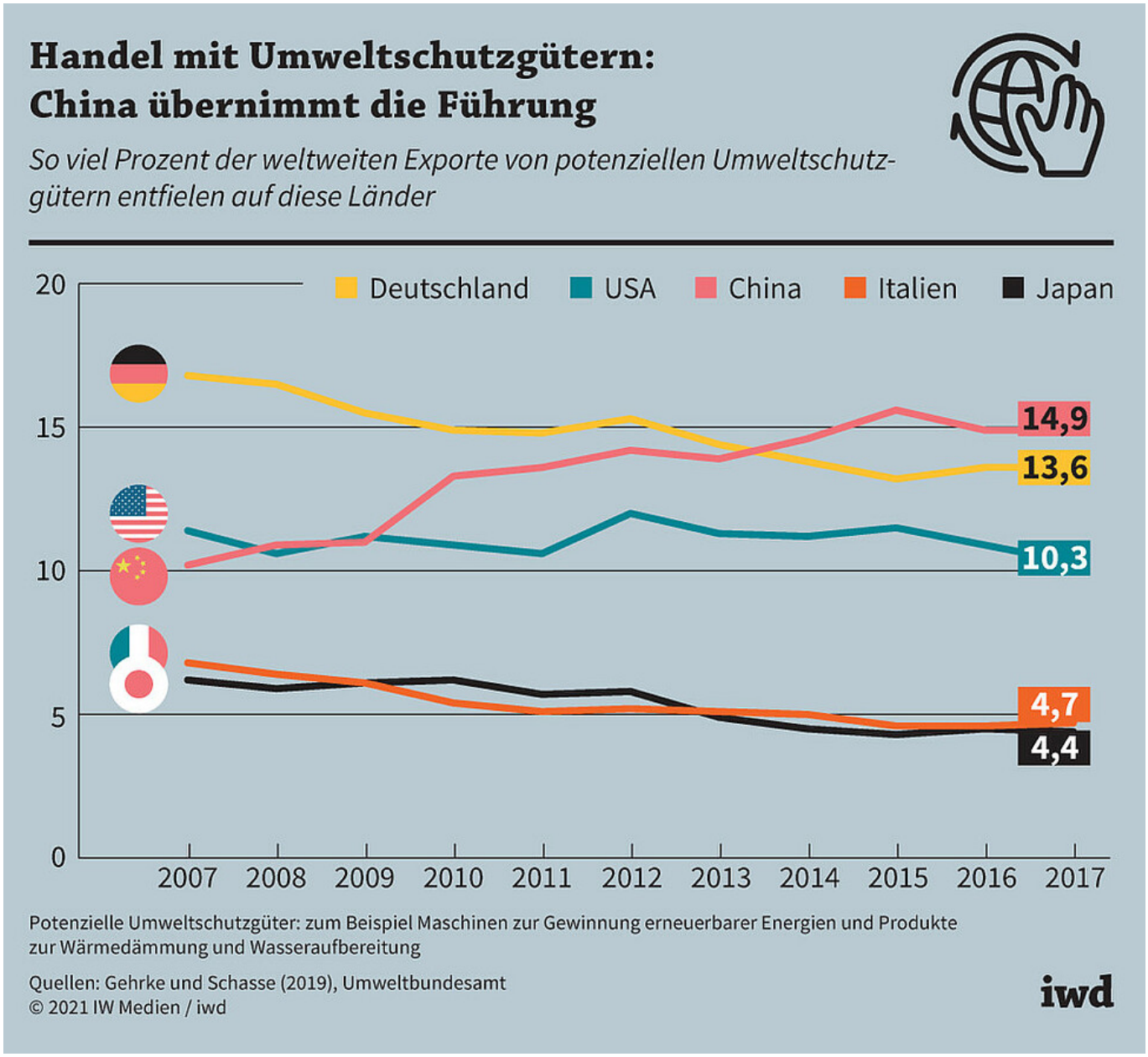
Emissionen weltweit.

2. Verfügbarkeit grüner Technik. Erst der internationale Handel macht es möglich, dass umweltfreundliche Geräte und Bauteile überall verfügbar sind:

Laut OECD wurden 2016 weltweit Umweltgüter wie Solar- oder Windkraftanlagen für etwa 1,3 Billionen Dollar gehandelt.

Allein China exportierte solche Güter im Wert von etwa 100 Milliarden Dollar. Mittlerweile ist das Land sogar globaler Marktführer (Grafik):

War Deutschland mit einem Welthandelsanteil von fast 17 Prozent im Jahr 2007 noch der größte Exporteur von Umweltschutzgütern, muss sich die Bundesrepublik mittlerweile China geschlagen geben, das 2017 auf einen Anteil von knapp 15 Prozent kam.



3. Kompositionseffekt. Unter diesem Fachbegriff versteht man die Auswirkung des internationalen Handels auf Produktionsprozesse.

Auf der einen Seite kann grenzüberschreitender Handel dazu führen, dass Vorgaben des Heimatlands mit Blick auf den Klimaschutz umgangen werden. Dann wird die Produktion beispielsweise in ein Land verlagert, in dem laxere Emissionsregeln gelten:

Im Jahr 2015 – neuere Zahlen sind nicht verfügbar – steckten in den Produkten, die in OECD-Ländern nachgefragt wurden, rund 1,6 Gigatonnen mehr Kohlendioxid, als die Produktionsbetriebe dieser Länder verursachen.

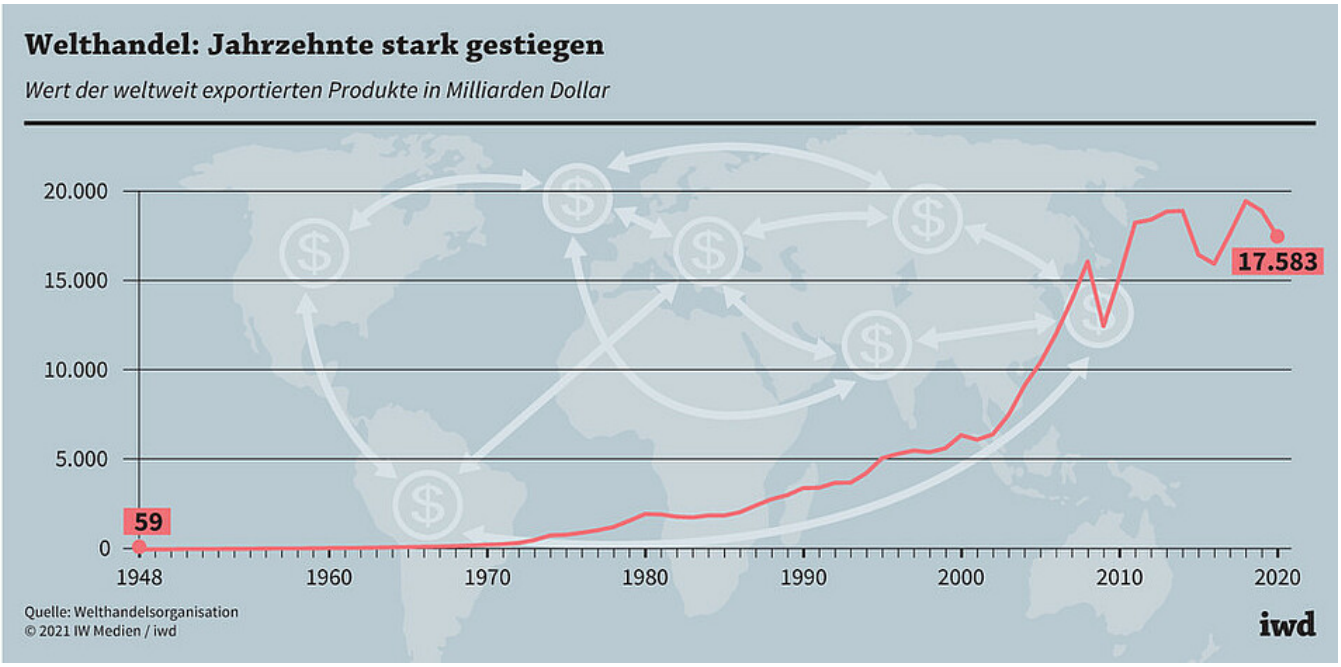
Dieser zusätzliche CO2-Ausstoß fiel stattdessen in jenen Nicht-OECD-Ländern an, aus

denen die Produkte importiert wurden.

Auf der anderen Seite führt der Kompositionseffekt dazu, dass sich Länder auf die Produktion jener Waren spezialisieren, bei denen sie – beispielsweise mit Blick auf das Klima oder die verfügbaren Ressourcen – Vorteile haben. Im Ergebnis kann das helfen, CO2 zu reduzieren.

4. Wohlstand und Wettbewerb. Globaler Handel erhöht einerseits den Wettbewerbsdruck und mehrt andererseits den Wohlstand (Grafik):

Seit 1948 hat sich der weltweite Export von Produkten mehr als verdreihundertfacht – er stieg von knapp 59 Milliarden auf fast 18 Billionen Dollar im Jahr 2020. Kurz vor der Corona-Pandemie betrug er sogar mehr als 19 Billionen Dollar.



Außerdem lebten nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Drittel der Weltbevölkerung unter extremer Armut – also von weniger als 1,9 Dollar pro Tag, gemessen in sogenannten Kaufkraftparitäten. Heute trifft das nur noch auf knapp 10 Prozent der Weltbevölkerung zu.

Dieser neue globale Wohlstand hat einen positiven Nebeneffekt: Er führt zu einer wesentlich stärkeren Bereitschaft der Menschen, in Umwelt- und Klimaschutz zu investieren und dem Thema auch politisch einen entsprechenden Stellenwert einzuräumen.

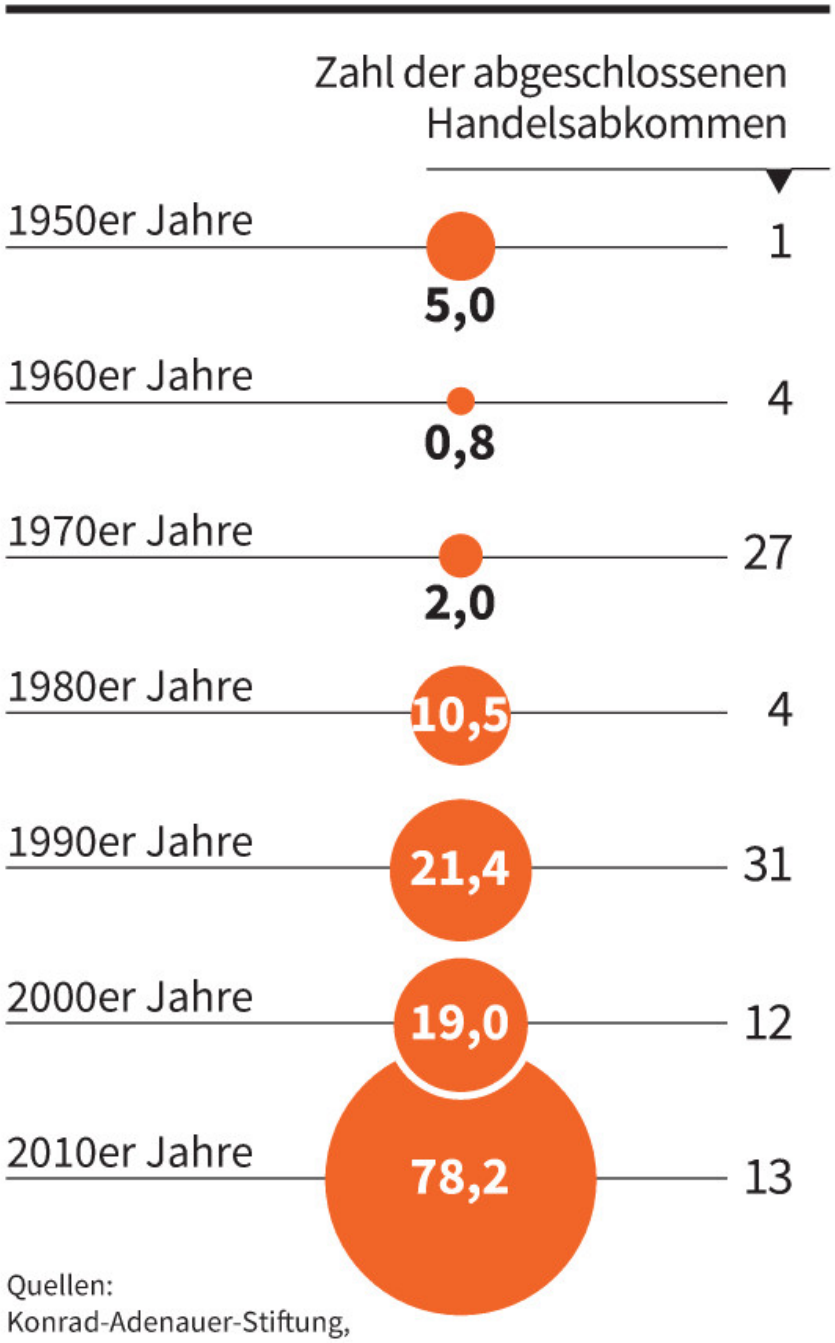
Umweltschutz ist ein zentrales Thema in neuen Handelsabkommen

Das spiegelt sich auch in internationalen Handelsabkommen wider (Grafik):

In den 1960er Jahren beinhalteten die EU-Handelsabkommen im Durchschnitt lediglich eine Umweltschutzbestimmung, in den 2010er Jahren enthielt jedes neue Abkommen durchschnittlich 78 solcher Regelungen.

Handelsabkommen: Umweltschutz mittlerweile zentrales Thema

Durchschnittliche Zahl der Umweltschutzbestimmungen je EU-Handelsabkommen



Quellen:
Konrad-Adenauer-Stiftung,
Institut der deutschen Wirtschaft

© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Trotzdem sind die aktuellen Rahmenbedingungen weltweit nicht so ausgestaltet, dass sie den Umweltschutz begünstigen. Vielmehr sind beispielsweise die Zölle auf Produkte, die wenig CO2 verursachen, im Schnitt höher als bei Produkten, die für viel CO2 verantwortlich sind.

Doch da es unrealistisch ist, all diese Zölle zeitnah umzugestalten, sieht das IW andere Ansätze, wie die weltweite Handelspolitik Klima- und Umweltschutz voranbringen kann:

1. **Zollfreiheit oder -ermäßigung für Umweltschutzgüter.** Das würde deren internationalen Handel stark begünstigen. Über eine entsprechende Handelsliberalisierung wird unter anderem in einer Initiative der Welthandelsorganisation seit 2014 beraten – die Gespräche kommen allerdings nur schleppend voran.

1. **Subventionen für fossile Energieträger beenden.** Die staatlichen Subventionen für Öl, Gas und Kohle beliefen sich 2017 auf etwa 5 Billionen Dollar. In vielen Ländern kommen diese der armen Bevölkerung zugute. Andere Steuerausnahmen sind zum Beispiel energieintensiven Industriezweigen gewährt worden, um CO2-Preise für andere Bereiche einführen zu können, ohne die Wettbewerbsfähigkeit insgesamt zu riskieren. Um diese Subventionspraxis zu beenden, hilft nur internationale Koordination – und eine andere Organisation von Hilfe.

1. **Klimaschutz stärker unterstützen.** Im Jahr 2017 flossen noch immer 70 Prozent der weltweiten Subventionen für den Energiesektor in fossile Energieträger. Das Geld sollte künftig gezielt für Umwelt- und Klimaschutz aufgewendet werden.

1. **Label für klimafreundliche Güter international harmonisieren.** Studien belegen, dass vor allem Menschen in reicheren Ländern bereit sind, für klimafreundliche Produkte zu zahlen. Deshalb sollte es entsprechende internationale und fälschungssichere Standards geben. Zudem würde ein harmonisiertes Label für einen höheren Wiedererkennungswert sorgen und den Herstellern einen angemessenen Preisaufschlag ermöglichen.

1. **„Grüne" Ausschreibungen.** Bislang ist es zum Beispiel in der Europäischen Union auf freiwilliger Basis möglich, Ausschreibungen für öffentliche Projekte mit Umweltschutzvorgaben zu kombinieren. Das könnte deutlich ausgeweitet werden – einerseits, um mit gutem Beispiel voranzugehen, andererseits, um grüne Innovationen zu befeuern.

1. **Internationale CO_2-Preise angleichen.** Um für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen, muss der Kohlendioxidausstoß weltweit vergleichbar bepreist sein. Das ist derzeit nicht der Fall, Europa ist mit dem Emissionshandel nach wie vor

Vorreiter.

Um dies auszugleichen, schlägt die EU-Kommission ebenso wie die US-Administration vor, Abgaben für das CO2 zu erheben, das bei der Produktion von Importgütern emittiert wird. Doch so einfach das klingt, sind damit große Herausforderungen verbunden, will man keine neuen Handelskonflikte provozieren.

Zwei IW-Vorschläge für klimaschützende Handelsclubs

Das IW geht einen Schritt weiter und wirbt für einen Trade Club for Climate, kurz TCC. Dieser sollte erstens darauf abzielen, den Handel mit Umweltschutzgütern deutlich zu vereinfachen und dadurch eine Mitgliedschaft attraktiv zu machen. Zweitens sollte der Club die CO2-Bepreisung unter den Mitgliedsstaaten vereinheitlichen.

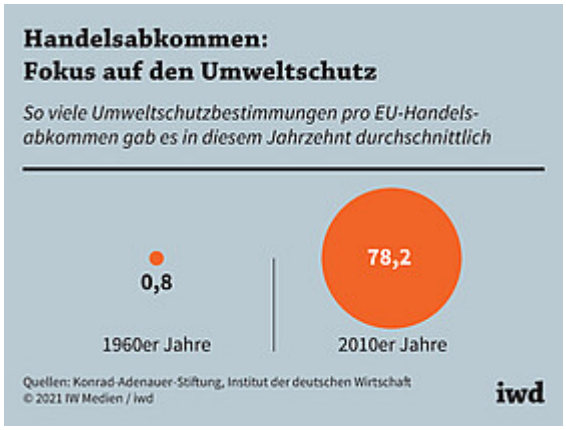
Allerdings wäre ein TCC nur dann schlagkräftig, wenn genügend Staaten mitmachen. Zudem könnte er dazu führen, dass Umweltschutzgüter zwar unter den teilnehmenden Staaten umfassend genutzt werden, nicht aber außerhalb des Clubs.

Sollten sich nicht ausreichend viele Staaten für einen TCC gewinnen lassen, kennt das IW eine Alternative: den Sector/Industry Climate Club (SICC).

Ein industriespezifischer Klimaclub brächte all jene Staaten zusammen, in denen die weltweiten Hauptproduzenten einzelner Produkte beheimatet sind.

Die Staaten würden sich auf gemeinsame Klimastandards oder einen Preis für CO2 in der Produktion einigen, beispielsweise für Kupfer. Der würde dann für alle Marktteilnehmer gelten und Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche CO2-Preise ausschließen. Klimaschutz würde sich dann für jeden Anbieter gleichermaßen lohnen.

Generell ist die Zeit ideal für solche supranationalen Vorhaben – ob nun TCC oder SICC. Zum einen, weil die neue US-Regierung um Joe Biden sich mit Nachdruck dem Klimaschutz verschrieben hat. Zum anderen können sowohl die Welthandelsorganisation als auch die internationalen Klimaschutzverhandlungen neuen Schwung gebrauchen.



Kernaussagen in Kürze: